



„WIR, DIE MENSCHEN, VERDIENEN GERECHTIGKEIT.“

Interview mit der Organisation für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht am Horn von Afrika (OJAH).

VON ULRIKE DUFNER

SÜDWIND hat zum Thema *Shrinking Spaces* anhand von acht Beispielländern aus Afrika, Amerika und Asien Factsheets veröffentlicht, u.a. zu Äthiopien. Dazu hat SÜDWIND das direkte Gespräch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Schwerpunktländern gesucht. Das Interview mit der Organisation OJAH veröffentlichen wir hier in voller Länge.

Wie würden Sie die aktuelle Situation in Tigray, Amhara und Oromia beschreiben?

Die Lage in Äthiopien ist derzeit unglaublich unbeständig und nicht vorhersehbar. Es ist, als würden wir alle den Atem anhalten und uns fragen, wie es wohl weitergeht. Zwischen der äthiopischen Bundesregierung und verschiedenen regionalen Akteuren herrscht eine große Spannung, was zu anhaltenden Konflikten und allgemeiner Instabilität geführt hat.

Die Region **Tigray** wurde durch den grausamen Bürgerkrieg verwüstet, der 2020 ausbrach und trotz der vielversprechenden Pretoria-Vereinbarung bzw. des Abkommens zur Einstellung der Feindseligkeiten noch lange nicht beigelegt ist. Die Beteiligung Eritreas hat die Lage erheblich erschwert, da dessen Streitkräfte die Regierung unterstützten. Dies hat zu einer Eskalation der Gewalt geführt und Friedensgespräche auch nach dem Pretoria-Abkommen erschwert. Die humanitäre Krise in der Region Tigray ist dramatisch, mit weit verbreiteter

¹ Unter internationaler Vermittlung, insbesondere auch von Südafrika, wurde Ende 2022 die sog. Pretoria-Vereinbarung geschlossen, welche einen Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien und das Einleiten eines Versöhnungsprozesses beinhaltete. Das Abkommen wurde nicht von Eritrea unterzeichnet, welches auf der Seite der äthiopischen Truppen am Bürgerkrieg in Tigray beteiligt war, siehe Fact-Sheet „Äthiopien. Ein halbes Jahr vor den Wahlen 2026“ (Link zum Factsheet siehe S.5).

Vertreibung, Berichten über Gräueltaten auf beiden Seiten und der Gefahr von Hungersnot. Berichten der Übergangsregierung von Tigray zufolge wurden in diesem Jahr weniger als 50 % der landwirtschaftlichen Flächen bewirtschaftet.

In **Amhara** beobachten wir derzeit zahlreiche ethnische Zusammenstöße und Sicherheitsprobleme, die vor allem auf die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Amhara-Fano-Milizen und der Zentralregierung zurückzuführen sind. Verbrechen sind leider an der Tagesordnung, Raubüberfälle, Gruppenvergewaltigungen, Morde und Gewalt unter den Gemeinschaften scheinen überall vorzukommen.

Oromia hat unterdessen mit ganz eigenen Herausforderungen zu kämpfen, da die Oromo Befreiungs-Armee (OLA) einen Aufstand gegen die Regierung führt. In Teilen der Region kommt es zu ähnlichen Verbrechenmustern und Unruhen, die oft mit allgemeinen ethnischen Spannungen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zusammenhängen. Das ist nicht in der gesamten Region gleich, aber in den betroffenen Gebieten entsteht dadurch ein Kreislauf aus Angst und Vergeltung.

Die sich selbst verstärkende Gewaltspirale stellt eine der größten Schwierigkeiten dar: Gewalt führt zu mehr Unmut, Hass und Misstrauen, was wiederum zu mehr Gewalt führt. Ohne einen echten Dialog und Reformen ist es schwer, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Nicht nur die politischen Akteure, auch die Gesellschaft ist stark polarisiert, was den andauernden Konflikt anheizt.

Wie kann diese Situation überwunden werden? Was wird benötigt?

Um diese Situation zu überwinden, müssen wir die unmittelbaren Krisen und die tieferen Ursachen des Konflikts angehen. Man muss bedenken, dass mehrere Parteien beteiligt sind, die oftmals in der Gesellschaft tief verwurzelte ethnische Spannungen ausnutzen. Tatsache ist, dass die Beziehungen der Ethnien untereinander seit langem gestört sind. Heute werden genau diese ethnischen Identitäten und Beziehungen für politische Interessen instrumentalisiert.

Kurzfristig ist es entscheidend, dass sich alle Seiten mit einer wirklichen Kompromissbereitschaft an den Verhandlungstisch setzen. Alle müssen ihre Differenzen für einen Moment beiseitelegen und dem Frieden eine echte Chance geben. Das bedeutet, Waffenstillstände und Verhandlungen konsequent einzuhalten und umzusetzen. Hierzu muss Druck – von innenpolitischen Akteuren, der Diaspora und der internationalen Gemeinschaft – auf die amtierende Regierung ausgeübt werden, den Bürgerkrieg zu beenden und den Weg für eine friedliche Übergangsphase zu ebnen. Ohne kollektiven Druck von innen und außen sind echte Fortschritte kaum zu erwarten. Auf lange Sicht hängt die Lösung von Gerechtigkeit und von Rechenschaft für begangene Verbrechen ab. Wir können nicht einfach weitermachen, ohne uns mit dem Schicksal der Opfer und Überlebenden auseinanderzusetzen. Dies kann verschiedene Formen annehmen: Mechanismen der Übergangsgerechtigkeit, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit oder Strafverfolgung der Täter – seien es Einzelpersonen, Gruppen oder staatliche Akteure. Der Schlüssel liegt darin, dass diejenigen, die gelitten haben, nicht vergessen werden. Wir, die Menschen, verdienen Gerechtigkeit. Diese ist für den Heilungsprozess einer derart traumatisierten Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Letztendlich wird es zentral sein, Vertrauen wiederaufzubauen und Versöhnung zu fördern, um zu verhindern, dass sich so etwas wiederholt.

Was wäre wichtig für einen Versöhnungsprozess?

Wir brauchen einen Ansatz, der die Überlebenden in den Mittelpunkt stellt. Das meine ich sowohl im unmittelbaren Sinne als auch auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene. Zunächst einmal ist es wichtig zu erkennen, dass Millionen Menschen in Äthiopien in den letzten Jahren direkte Opfer von Gräueltaten wurden, und dass die gesamte Bevölkerung in den letzten sechzig Jahren direkt oder indirekt Opfer fortwährender Menschenrechtsverletzungen wurde. Diese lange Geschichte des Traumas prägt alles. Wenn ich sage, dass wir die Überlebenden in den Mittelpunkt stellen müssen, meine ich damit zwei wichtige Dinge: Einerseits verdienen die Menschen, welche direkt die Gräueltaten erlitten, sei es in Tigray, Amhara oder anderswo, eine Entschädigung. Die Täter müssen vor Gericht gestellt werden. Nur wenn wir diese Ungerechtigkeiten angehen, können wir wirklich aus unseren Fehlern lernen und verhindern, dass sie sich wiederholen.

**„WIR MÜSSEN DIE
ÜBERLEBENDEN IN
DEN MITTELPUNKT
STELLEN.“**

Andererseits sind wir als Gesellschaft in gewisser Weise alle Überlebende. Überlebende in den Mittelpunkt zu stellen, bedeutet also, die Menschen als Ganzes in den Mittelpunkt unserer Wiederaufbaumühnungen zu stellen. Das beginnt mit der Heilung des Traumas: Überlebende brauchen medizinische Versorgung, psychologische Unterstützung und Hilfe bei der Erfüllung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse durch Rehabilitationsmaßnahmen. Der Großteil unserer Bevölkerung ist jung, und in Regionen wie Tigray und Amhara haben wir gesehen, wie junge Menschen, die durch ihre eigenen traumatischen Erfahrungen gezeichnet sind, zu den Waffen gegriffen haben. Aber sie sind auch die Zukunft. Wir müssen diese jungen Menschen befähigen, ihr Leben neu aufzubauen, in ihre Bildung und ihre Chancen investieren und ihnen Wege eröffnen, einen positiven Beitrag zu leisten.

Es geht hier nicht nur um individuelle Genesung, sondern um den Aufbau einer friedlichen und prosperierenden Zukunft für die Menschen. Ohne diese Genesung könnte sich die Gewaltspirale weiterdrehen.

Was sind die Folgen des Krieges in Tigray?

Alles liegt in Trümmern, und die Auswirkungen der Ereignisse in Tigray sind weit über die Region hinaus zu spüren. Nehmen wir zum Beispiel das Gesundheitssystem: Vor dem Konflikt verfügte Tigray über eine relativ gut funktionierende Gesundheitsinfrastruktur, doch jetzt ist sie kaum noch funktionsfähig. Und das gilt nicht nur für Tigray; derselbe katastrophale Zustand herrscht auch in einigen Landesteilen von Amhara und Oromia. Durch die Zerstörung der Gesundheitseinrichtungen ist die Situation unglaublich explosiv. Wir sprechen hier von der Möglichkeit eines erneuten Ausbruchs des Marburg-Virus oder eines Virus ähnlich wie HIV oder sogar Covid. Gott bewahre, dass uns eine Epidemie heimsucht. Dann könnte das gesamte System vollständig zusammenbrechen und Millionen von Menschen ohne angemessene Hilfe schutzlos zurücklassen. Wie wir aus COVID-19 gelernt haben, bleibt ein Ausbruch möglicherweise nicht auf eine lokale Epidemie beschränkt, sondern kann zu einer globalen Gesundheitskrise führen.

In wirtschaftlicher Hinsicht sind die Lebensgrundlagen der Menschen völlig zerstört. Millionen von Kindern gehen nicht mehr zur Schule. Die Landwirtschaft, die hier einst das Rückgrat des Lebens bildete, wird nicht mehr wie vor dem Krieg betrieben. Arbeitsplätze verschwinden, Straßen sind unpassierbar, was den Transport von Gütern oder sogar den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen erschwert. In einigen Landesteilen sind Entführungen und Verschleppungen eine reale Gefahr, wenn man sich einige hundert Kilometer aus der Hauptstadt hinauswagt. Das ist kein Ausnahmefall, sondern betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Das Leben ist für die Mehrheit der Äthiopier*innen derzeit unglaublich schwierig – wir stehen kurz vor dem Ausnahmezustand. In diesem fragilen Umfeld könnte schon ein einziger Auslöser – beispielsweise eine Naturkatastrophe, eine politische Eskalation oder ein wirtschaftlicher Schock – alles durcheinanderbringen und uns in den Abgrund stoßen.

Wie beurteilen Sie den aktuellen nationalen Dialog?

Welcher nationale Dialog? Ehrlich gesagt fühlt es sich eher wie ein von der Regierung kontrolliertes Spektakel an als wie ein echter, inklusiver Prozess. Schauen wir uns die Bilanz an: Die äthiopische Versöhnungskommission (ERC) wurde 2018 unter Abiy Ahmed mit großen Hoffnungen ins Leben gerufen, versandete jedoch, ohne eine sinnvolle Versöhnung oder Rechenschaftspflicht zu erreichen. Dann gab es die nationale Dialoginitiative von 2022, die eine breite Beteiligung versprach, aber letztendlich stark von der Regierung beeinflusst wurde und wichtige Stimmen von Oppositionsgruppen und betroffenen Regionen ausgrenzte. Und lassen Sie mich gar nicht erst mit der Politik der Transitional Justice (TJ) von 2024 anfangen – die mit großem Tamtam angekündigt wurde. Kritiker argumentieren, dass es dabei mehr um Augenwischerei als um echte Gerechtigkeit geht, insbesondere weil die Regierung selbst der Verbrechen gegen Zivilisten beschuldigt wird.

Das Kernproblem besteht hier darin, dass eine Regierung, die selbst beteiligte Partei ist, kaum glaubwürdige Mechanismen für Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit vorantreiben kann. Viele Äthiopier*innen waren ursprünglich bereit, die Bemühungen um Transitional Justice zu unterstützen. Jedoch hat die Regierung dies wohl instrumentalisiert, um den internationalen Druck abzufedern und nicht mit dem Ziel, die Ursachen anzugehen. Dies hat das Vertrauen in die Regierung untergraben und die Spaltungen vertieft.

Die internationale Gemeinschaft aber auch viele Äthiopier*innen ließen sich anfangs von Abiy Ahmeds Rhetorik mitreißen, die ihn als Friedensstifter und Reformierpräsentierte. Viele glaubten, er würde den politischen Raum und die Wirtschaft öffnen. Nun ist erschreckend deutlich, dass seine Führung in die entgegengesetzte Richtung lenkte, wobei Vorwürfe des

Autoritarismus und der Unterdrückung abweichender Meinungen ihn eher als Diktator denn als Versöhner erscheinen lassen.

Mit Blick auf die Zukunft vermute ich, dass wir nächstes Jahr irgendeine Form von Wahlen sehen werden. Natürlich ist es unwahrscheinlich, dass Tigray, Amhara oder Teile von Oromia daran teilnehmen werden, wo die Sicherheitslage und politische Instabilität eine Teilnahme unmöglich machen. Abiy könnte die Wahlen in den stabileren Regionen nutzen, um seine Legitimität zu behaupten und internationale Anerkennung zu erlangen, indem er argumentiert, dass selbst mangelhafte Wahlen besser sind als gar keine. Selbst wenn internationale Beobachter*innen sie als unfair kritisieren, könnte er dies als Fortschritt in einem fragilen Kontext darstellen. Letztendlich besteht ohne echte Inklusivität und unabhängiges Monitoring die Gefahr, dass diese „Dialoggespräche“ den Konfliktzyklus eher perpetuieren als lösen.

Wie ist die Lage der Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft?

Auf politischer Seite gibt es praktisch keine nennenswerten Oppositionsparteien mehr. Die meisten sind praktisch handlungsunfähig, da ihre Führer und Mitglieder regelmäßig inhaftiert oder Opfer aller Arten von Menschenrechtsverletzungen werden. Es ist fast unmöglich, eine Partei zu finden, deren Mitglieder nicht von Entführung, Inhaftierung oder Schlimmerem betroffen sind. Selbst Mitglieder der regierenden Prosperity Party sind nicht immun – sie wurden Opfer von Entführungen, Inhaftierungen und Attentaten, für die die Regierung natürlich oft „Terroristen“ verantwortlich macht. Ein eklatantes Beispiel ist Taye Denda, der trotz seiner Mitgliedschaft in der Regierungspartei entführt und ins Gefängnis geworfen wurde. Die Ironie ist schmerzlich, denn Taye war von 2021 bis 2023 Staatsminister für Frieden. Können Sie sich vorstellen, dass der Staatsminister für Frieden ins Gefängnis geworfen wird? Nicht einmal Parlamentarier*innen, die eigentlich durch die Verfassung geschützt sein sollten, sind sicher. Sie werden genauso wie normale Bürger*innen inhaftiert. Wenn Sie Ihre Stimme gegen das Regime erheben, riskieren Sie einen Freifahrtchein in die Kerker von Prosperity ohne Rückfahrticket.

„WAS DIE ZIVILGESELLSCHAFT ANGEHT, BEFINDEN SICH DIE MEISTEN ORGANISATIONEN IM KOMA.“

Was die Zivilgesellschaft angeht, so befinden sich die meisten Organisationen im Koma. Wer es wagt, sich gegen die Unterdrückung auszusprechen, sieht sich Einschüchterungen, Erpressungen, Zwangsexil oder dem gleichen Schicksal wie ihre Brüder und Schwestern im Gefängnis ausgesetzt. Nehmen wir den landesweiten Streik der Ärzte und Gesundheitsfachkräfte vor wenigen Monaten – sie protestierten nicht einmal gegen Menschenrechtsverletzungen, sondern gegen niedrige Gehälter, schlechte Arbeitsbedingungen und den Mangel an grundlegenden Sozialleistungen und Sicherheit. Können Sie sich das vorstellen? Erfahrene Fachärzte verdienen weniger als 100 US-Dollar im Monat, und das vor Abzug von 35 % Steuern. Ihre Parolen lauteten „Wir sind hungrig“, nicht „wütend“, sondern „hungrig“. Wo sind sie jetzt? Viele wurden inhaftiert oder erlitten noch Schlimmeres.

In diesem feindseligen Umfeld sind Organisationen gezwungen, im Untergrund, unter dem Radar und unter der Oberfläche zu operieren. Was meine Organisation betrifft, so sind wir überall vertreten – in Gesundheitseinrichtungen, unter Journalist*innen, Universitätsprofessor*innen und sogar beim Militär. Unsere Aktivitäten konzentrieren sich auf Regionen wie Tigray, Amhara, Afar, Teile von Oromia und Addis Abeba. Wir überwachen, überprüfen und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen in Konfliktgebieten und veröffentlichen alle drei Monate einen Bericht. Wir haben Menschenrechtsgruppen dazu aufgefordert, sich zusammenzuschließen, da eine Zersplitterung uns gegenüber einem größeren, stärkeren Gegner schwächt. Zusammenarbeit ist entscheidend, und hoffentlich wird es sie trotz Polarisierung und staatlicher Repressionen geben. Wir pflegen auch enge Partnerschaften mit z.B. Frauenorganisationen, um unsere Wirkung zu entfalten und verbreitern. Trotz der Risiken sind wir entschlossen weiterzumachen.

Was sollte die EU tun?

Die Europäische Union kann nicht einfach die Augen vor den Krisen in Äthiopien verschließen – Probleme wie Unterernährung, HIV und weit verbreitete Armut erfordern Maßnahmen. Es gibt keine Alternative als zu helfen, was die EU meiner Meinung nach auch tut.

Aber der entscheidende Punkt ist: Man muss sicherstellen, dass die Hilfe direkt die Menschen erreicht, die sie benötigen, und nicht an die Regierung oder ihre Verbündeten geht, die oft Gelder durch Korruption veruntreuen.

Um wirklich etwas zu bewirken, ist dies unverzichtbar. Eine enge Zusammenarbeit der EU mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere mit den lokal verwurzelten, könnte wirklich etwas bewirken. Wenn Sie die Kapazitäten dieser Organisationen aufbauen, befähigen Sie sie, ihre wichtige Arbeit zu leisten, und Sie können ihre Daten nutzen, um den oft irreführenden Behauptungen der Regierung entgegenzutreten.

Wenn Sie sich mit Ministern oder dem Premierminister treffen, legen Sie ihnen Beweise aus der Zivilgesellschaft vor. Teilen Sie deren Erkenntnisse mit internationalen Institutionen, um die Realitäten zu verbreiten und alle zur Rechenschaft zu ziehen.

In den Konfliktgebieten sind Frauen und Kinder am stärksten von willkürlichen und ethnisch motivierten Angriffen betroffen – sie leiden am meisten, daher sollte ihr Schutz oberste Priorität haben. Es ist auch wichtig, das ungenutzte Potenzial der äthiopischen Gesellschaft trotz aller Spaltungen zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten, zu sehen und stärken.

Die deutsche Regierung sollte als Teil der EU verstärkt lokale zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, damit diese ihr volles Potenzial ausschöpfen können. Meine Organisation setzt sich dafür ein, dass sich Menschenrechtsgruppen zusammenschließen und Synergien bilden. Die EU kann uns bei unserem Bemühen unterstützen, uns zu vernetzen und uns für die Stimmlosen und für die Schwachen einzusetzen.

SÜDWIND führte das Interview mit OJAH (Sitz: Washington) am 27.11.2025 per Videocall in englischer Sprache im Kontext des Projektes Shrinking Spaces.



FACTSHEET ÄTHIOPIEN

Dieses Interview ergänzt das Factsheet „Zivilgesellschaft unter Druck – Äthiopien ein halbes Jahr vor den Wahlen 2026“. Das Factsheet können Sie [hier](#) nachlesen oder über diesen QR-Code abrufen.

ORGANIZATION FOR JUSTICE AND ACCOUNTABILITY IN THE HORN OF AFRICA (OJAH)

Die Organization for Justice and Accountability in the Horn of Africa (OJAH) ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation mit regionalem Fokus auf das Horn von Afrika. Sie verfolgt das Ziel, systematische Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Ihre Publikationen beziehen sich auf Gewalt (insbesondere sexuelle Gewalt gegenüber Frauen) und andere Menschenrechtsverletzungen. OJAH versteht sich als Stimme für Überlebende von Gewalt und strebt an, durch Forschung, Archivierung und Advocacy die Straflosigkeit in der Region zu überwinden und die Menschenrechte nachhaltig zu stärken. Über die Arbeit der Organisation kann man [hier](#) weiterlesen. ◆

FÖRDERER

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

IMPRESSUM

Bonn, Januar 2026

HERAUSGEBER:

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Dufner

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:

KD-Bank
IBAN:
DE45 3506 0190 0000 9988 77 BIC:
GENODED1DKD

ÜBERSETZUNG:

Dr. Ulrike Dufner

REDAKTION UND LEKTORAT:

Dr. Sabine Ferenschild, Paula Cäcilie
Hummelsheim

Factsheet

„Wir, die Menschen, verdienen Gerechtigkeit.“ Interview mit der äthiopischen NGO OJAH
2026.02



INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE